



Verfassungsschutz-
informationen Bayern
1. Halbjahr

2025

Die Würde des Menschen
ist unantastbar. Sie zu
achten und zu schützen
ist Verpflichtung aller
staatlichen Gewalt.

Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz

Verfassungsschutz- informationen Bayern 1. Halbjahr 2025

Inhalt

Islamismus 6

Neues Auftreten der Frau im Islamismus	6
Islamistische Frauennetzwerke und „Schwesterngruppen“	6
Die islamistische „Influencerin“ Hanna Hansen	11
Jihadistische Anashid als Radikalisierungsmedium unter Jugendlichen	14
Islamistische Kindererziehung	16

Auslandsbezogener Extremismus 18

Auflösungsankündigung durch PKK-Anführer Öcalan	18
Aktivitäten und Reaktionen der PKK-Szene	18
Reaktionen der PKK auf den Aufruf Öcalans	20
Reaktionen der deutschen und bayerischen PKK-nahen Szene auf den Aufruf Öcalans	21

Rechtsextremismus 26

Auflösung der Jungen Alternative und geplante Neugründung	26
Strategiewechsel der Identitären Bewegung und aktuelle Aktivitäten	28
Flyerverteilung an Schulen	30
Teilnahme bayerischer Aktivisten am „Remigration Summit 2025“	31
Einstufung des „Team Menschenrechte Nürnberg“ als Beobachtungsobjekt	32

Reichsbürger und Selbstverwalter 36

Verbot der Reichsbürger- und Selbstverwalter-Gruppierung „Königreich Deutschland“	36
--	-----------

Linksextremismus 40

Linksextremistische Agitation gegen „rechte“ Veranstaltungsreihe	40
Agitation gegen das Team Menschenrechte in Nürnberg	42
Linksextremistischer Aktivismus im Zusammenhang mit der Bundestagswahl	44

Spionage- und Cyberabwehr 50

Mutmaßlich russisch-orchestrierte Desinformationskampagne	50
--	-----------

Organisierte Kriminalität (OK) 54

Prozessbeginn gegen nigerianische Bruderschaft „Black Axe“	54
---	-----------

Anhang 56

Bildnachweis	56
Impressum	59

Islamismus

NEUES AUFTRETEN DER FRAU IM ISLAMISMUS

Die Rolle von Frauen im Islamismus ist ein komplexes und vielschichtiges Thema, das vom jeweiligen kulturellen Kontext und der islamistischen Strömung abhängt. Sie haben in der öffentlichen Wahrnehmung islamistischer Missionierung, Ideologievermittlung und Szenevernetzung oftmals eine nachgeordnete Bedeutung, bedingt durch strikt hierarchische Geschlechterbilder, eheliche Unterordnung, Geschlechtertrennung und Kleidungsgebote.

Die islamistische Szene in Bayern ist heterogen und weit überwiegend männlich. Frauen gewinnen jedoch zunehmend an Sichtbarkeit, insbesondere im Bereich der religiösen Werbung. Sie wandeln sich von stillen, oft v. a. virtuell vernetzten Anhängerinnen wieder zu lokal aktiven Akteurinnen. Das Beispiel des 2024 gestarteten salafistischen Projektes „Schwesternnetzwerk München“ und die Vorträge der deutschen Konvertitin Hanna Hansen belegen im ersten Halbjahr 2025 den gestiegenen Auf- und Ausbau der lokalen weiblichen Szenestruktur und die in den letzten Jahren beschriebene Entgrenzung des Salafismus im Freistaat.

Islamistische Frauennetzwerke und „Schwesterngruppen“

Frauen spielen im legalistischen Islamismus und im Salafismus eine bedeutsame Rolle – sowohl als Zielgruppe für die Da’wa (deutsch: Missionierung) und Rekrutierungsbemühungen als auch als aktive Teilnehmerinnen innerhalb der Szenen. Sie sind maßgeblich an der Ansprache und Ideologisierung anderer Frauen

beteiligt und übernehmen wichtige organisatorische und leitende Funktionen in sog. „Schwesterngruppen“ – einem beliebten Gemeinschaftsformat auch unter jungen Musliminnen ohne Bezug zum Extremismus.

Bei „Schwesterngruppen“ im islamistischen Kontext handelt es sich zumeist um informelle Netzwerke von Frauen innerhalb legalistisch-islamistischer oder salafistischer Strukturen. Die Gruppen dienen zur religiösen Unterweisung, dem sozialen Austausch, der ideologischen Festigung und Vernetzung der weiblichen Mitglieder. In Bayern existieren entsprechende Zusammenschlüsse sowohl in Ballungszentren wie Augsburg, München und Nürnberg, aber auch im ländlichen Raum.

Islamistische „Schwesterngruppen“ organisieren sich sowohl online als auch offline. Im digitalen Raum nutzen sie Plattformen und Dienste wie WhatsApp, Instagram, Facebook, Telegram und Zoom, um sich auszutauschen, Veranstaltungen zu bewerben und Vorträge „nur für Frauen“ anzubieten. Offline finden ihre Treffen und Islamunterrichte zu geschlechterspezifischen Themen in privaten Wohnungen und einschlägigen Moscheen statt. Das Ziel der Akteurinnen ist es, insbesondere junge und vulnerable Frauen für eine legalistisch-islamistische oder salafistische Lebensweise zu gewinnen und sie ideologisch sowie sozial in die jeweiligen Frauennetzwerke einzubinden und von der Mehrheitsgesellschaft zu separieren.

So setzen die Akteurinnen bewusst auf niederschwellige Kontakt- und Einstiegsangebote, wie z. B. Einladungen zu gemeinschaftsfördernden Freizeit- und Gruppenaktivitäten sowie geschlechterspezifische religiöse Orientierung und Alltagsberatung. Diese umfasst Themen wie Kleidung, Hygiene und Körperscham, Sexualität, Ehe im Islam oder etwa die „richtige“

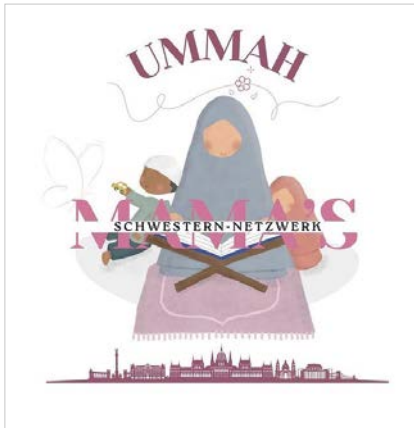
Kindererziehung. Die Beiträge werden oft auf eine ästhetisch ansprechende, emotionale und lebensnahe Weise verpackt und mit Lifestyle-Elementen verbunden.



Die Hinwendung zu traditionellen und vorgeblich „wahren“ islamischen Werten und Verhaltensvorgaben wird in den Frauen-netzwerken als sichere Lösung für Unsicherheitsgefühle und Sinn- und Lebenskrisen präsentiert. Die Zugehörigkeit zu einer starken und loyalen (Frauen-)Gemeinschaft und die Wertschätzung durch einen muslimischen Mann wird als Schutz vor dem „jenseitigen Höllenfeuer“ angepriesen. Die Gruppen präsentieren Bescheidenheit, Ehre und Gehorsamkeit als Ideal und „gottgefälliges Empowerment“, das vielen Frauen eine Gegenwelt zu als belastend empfundenen vermeintlichen gesellschaftlichen Zwängen und eine alternative Version von Weiblichkeit bietet. Bedürfnisse und Alltägliches wie Liebe und Partnerschaft, Kleidung und Mutterschaft stehen im Mittelpunkt und werden als Weg zu persönlicher Selbstbestimmung durch Frömmigkeit interpretiert. Demgegenüber werden Äußerlichkeit und gesellschaftliche Erwartungen wie westliche Schönheitsideale, Selbstinszenierung, Feminismus und Dating-Kultur abgelehnt.

Soziale Medien spielen eine entscheidende Rolle bei der Anbahnung von persönlichen Kontakten und weiterführender Vernetzung. Durch die Organisation und Einladung zu informellen Treffen wie Picknicks oder Besuchen von Pop-up-Stores für islamische Mode können Hemmschwellen abgebaut, ein starkes Gemeinschaftsgefühl entwickelt und Vertrauen aufgebaut werden. Dieses bildet die Grundlage für weitere und einschlägigere Gruppenaktivitäten, wie z.B. gemeinsame Moschee- und Seminarbesuche, private Vorträge und Koranlesekreise.

Von Salafistinnen betriebene „Schwesterngruppen“ verleihen ihrem Einsatz für die „Stärkung der Umma“ oftmals bewusst einen karitativen und solidarisierenden Anstrich. Ein Beispiel hierfür ist das „Schwesternnetzwerk München“, das seit 2024 aktiv ist und eine Vielzahl von Untergruppen und Nebenprojekten umfasst. Die Mitglieder des Netzwerkes sammeln Spenden für bedürftige Frauen, rufen zu Altkleider-, Sach- und Spielzeugspenden auf und bieten Unterstützung bei Einkäufen und Behördenangelegenheiten, Jobvermittlung, Krankenbesuchen und Kinderbetreuung, ergänzt um den Tausch und Verkauf von religiöser Literatur, Kinderbüchern und Kleidung.



Das Angebot dient nicht nur der praktischen Hilfe, sondern ebenso dem Auf- und Ausbau von Kontakten und der Anbindung der Teilnehmerinnen. Andere einschlägige Aktionsfelder der salafistischen Frauenszene wie die sog. „Gefangenenhilfe“ für inhaftierte Glaubensgeschwister sowohl in Deutschland als auch in Syrien und Irak treten in den Hintergrund.

War die salafistische Szene in Bayern in der Vergangenheit stark durch die Abschottung gegenüber anderen islamistischen Strömungen gekennzeichnet, ist mittlerweile ein Wandel hin zu Entgrenzung und Kooperation zu beobachten. So teilt das „Schwesternnetzwerk München“ regelmäßig auch Inhalte und Veranstaltungshinweise mit Bezug zu anderen Phänomenbereichen, darunter dem säkularen pro-palästinensischen Extremismus, aber auch nicht-salafistischen Beobachtungsobjekten, wie z. B. der Moschee der „Salih-Sanli-Stiftung“, welche der islamistischen „Tablighi Jama'at“ (TJ) zuzuordnen ist. Die TJ ist eine 1926 in Britisch-Indien gegründete Missionierungsbewegung. Sie ist gekennzeichnet durch ein streng konservatives und rigoroses Islamverständnis, das Glauben und Gesellschaftsform als untrennbar ansieht und langfristig auf die Etablierung eines islamistischen Gesellschaftssystems abzielt.

Das Frauenbild der TJ ähnelt dem des Salafismus und beschränkt Frauen auf den privat-häuslichen Bereich, auf Mutterschaft, die religiöse Erziehung der eigenen Kinder und strenge Gehorsamspflichten gegenüber dem Ehepartner nach islamischem Ritus.

Einer der bundesweiten Schwerpunkte der TJ-Szene bilden Bayern und die Landeshauptstadt München mit der örtlichen „Al-Ummah Moschee“ sowie der „Salih-Sanli-Stiftung“ als zentrale örtliche Anlaufstellen für TJ-Mitglieder. Diese dienen auch als Anlaufpunkt für Treffen der deutschen TJ-Strukturen, die allerdings nur selten öffentlich beworben, sondern zumeist über geschlossene Kreise organisiert werden.



Die islamistische „Influencerin“ Hanna Hansen



Die Auftritte der Konvertitin Hanna Hansen bei Frauennetzwerkveranstaltungen und „Schwesterntreffen“ in 2 weiteren bekannten Münchener Moscheen im April 2024 bzw. im Dezember 2024 sind weitere Beispiele für die zunehmende Sichtbarkeit der Frau im Islamismus und die Entgrenzung der islamistischen Szene. Nachdem ein für den 1. Mai geplanter Vortrag der islamistischen „Influencerin“ in München nicht zustande gekommen war, folgte eine neuerliche Vortragsankündigung für Bayern für den 20. Juni.

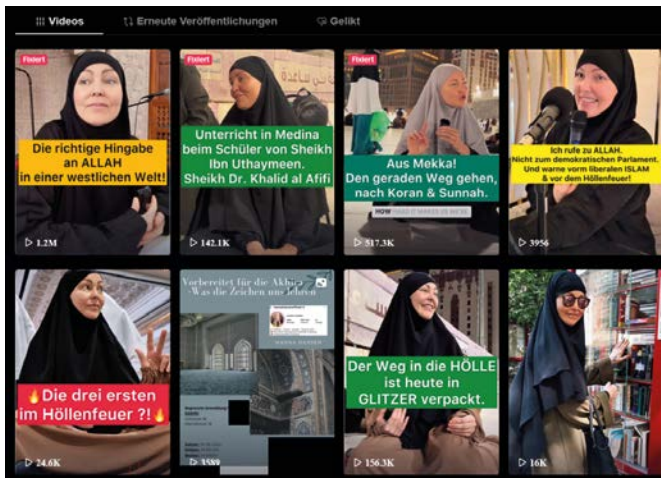
Die ehemalige Box- und Kickbox-Weltmeisterin, die ebenso als Model und DJane tätig war, hatte nach einer schweren Verletzung im Dezember 2022 ihre sportliche Karriere beendet. 2023 begann die aus Nordrhein-Westfalen stammende Konvertitin auf ihren Social-Media-Accounts intensiv und mittlerweile dauerhaft religiöse Beiträge zu veröffentlichen und knüpfte in kürzester Zeit persönliche Kontakte sowohl in die legalistisch-islamistische als auch salafistische Szene. Ab dem Frühjahr 2024 trat sie immer häufiger als Referentin bzw. „Speakerin“ gemeinsam mit bundesweit bekannten Akteuren auf und kooperierte mit dem salafistischen Prediger Abu Alia, der u. a. für die durch einen bayerischen Salafisten gegründete Online-Lernplattform „islamstudium.de“ tätig ist.

In ihren Vorträgen schildert Hansen regelmäßig ihren Werdegang weg von der unislamischen und vermeintlich amoralischen Mode-, Musik- und Kampfsportszene hin zum Glauben. Ihre „Erweckungserzählung“ verknüpft die Konvertitin mit dem Aufruf an junge Frauen, das Kopftuch und den Hijab als Ermächtigung zu verstehen sowie den Säkularismus aus ihrem Leben zu „entfernen“. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf der Entwicklung und Förderung von Frauennetzwerken, wobei die Rhetorik und thematischen Schwerpunkte der Konvertitin deutliche Bezüge zur salafistischen Ideologie aufweisen. Mit ihrer auf Instagram, TikTok und ihrem eigenen Podcast dokumentierten Lossagung von ihrem früheren Leben und der anschließenden Hinwendung zu einem missionarischen Lebensmodell, findet Hanna Hansen viel Zuspruch bei jungen Frauen und Musliminnen. Sie führt heute regelmäßig Online-Konversionen durch und dokumentiert und verbreitet diese in ihren eigenen Online-Kanälen.



Die Popularität von Hanna Hansen unter jungen Frauen in Bayern lässt sich auf ihre geschickte Verknüpfung von religiösem Content, moderner Selbstdarstellung sowie kommunikativer und charismatischer Nähe zurückführen. Als islamistischer „Influencerin“ gelingt es ihr, ihre politisch-religiösen Botschaften auf eine Weise

zu inszenieren, die gleichzeitig nahbar wie orientierungs- und identitätsstiftend erscheinen, wodurch sie eine ebenso junge wie breite Zuhörerschaft erreicht. Sie zeigt sich dabei auf Digital-flyern zu Vortragsankündigungen oft modisch mit traditionell-islamischer Kleidung und Kopfbedeckung in hellen, weichen Farben. Diese Form der Darstellung von „frommer Weiblichkeit“ in Hochglanzästhetik positioniert religiöse Kleidung als modische Selbstermächtigung und Gegenentwurf zu westlichen Frauenbildern und Schönheitsidealen. Glaube und die zugehörige traditionelle Bekleidung wird nicht als Verzicht, sondern als modischer Style mit spiritueller Dimension präsentiert. Gleichzeitig spricht Hanna Hansen in ihren Videos und Vorträgen persönlich über ihren Weg zum Islam, teilt Zweifel, biografische Tiefpunkte und ihre Suche nach Sinn. Diese sehr persönliche Erzählweise schafft eine starke emotionale Verbindung, die Followerinnen, welche sich in den Schilderungen wiedererkennen, dazu motiviert, sich mit der Laienmissionarin zu identifizieren und für ihre Botschaften, die eine salafistische Radikalisierung begünstigen können, weiterführend zu öffnen.



Angeht ihrer hohen Reichweite in den sozialen Medien ist es wahrscheinlich, dass ihre Bedeutung in der bayerischen islamistischen Szene und hierbei v.a. in der weiblichen Islamismus-Community zunimmt und möglicherweise Nachahmerinnen findet.

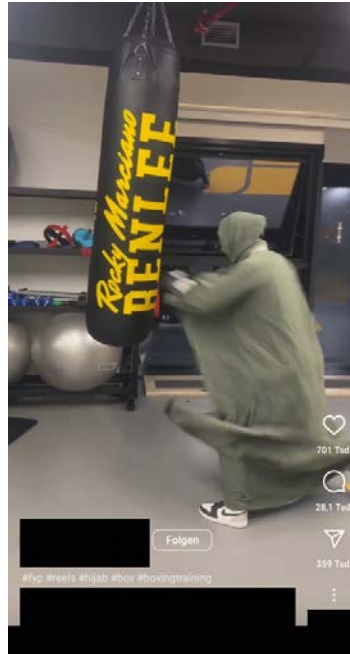
JIHADISTISCHE ANASHID ALS RADIKALISIERUNGSMEDIUM UNTER JUGENDLICHEN

Im 1. Halbjahr 2025 war anhaltend eine Zunahme der Verbreitung islamistischer Anashid, u. a. durch Minderjährige und Heranwachsende aus dem Freistaat zu verzeichnen. Bei Anashid (arabisches Wort, Singular: Nashid) handelt es sich grundsätzlich um eine traditionelle Form islamisch religiöser Vokalmusik, bei der oft religiöse Poesie zumeist ohne instrumentelle Begleitung vorgetragen wird. Die Texte können etwa spirituelle, ethische oder politische Botschaften beinhalten. Der Begriff bezeichnet demzufolge nicht zwangsläufig islamistisches Lied- oder Gedankengut und ist nicht mit „Kampflieder“ oder „Propagandamusik“ gleichzusetzen. Aufgrund ihrer großen Popularität und religiösen Wurzeln lassen sich Anashid jedoch leicht für islamistische Propaganda instrumentalisieren.

Die einfache Verfügbarkeit in Sozialen Medien wie TikTok, Instagram, Discord und Telegram trägt erheblich zu dem seit 2021 verzeichneten neuerlichen Bedeutungszugewinn des islamistischen Radikalisierungsmediums Anashid unter jungen Menschen bei. Speziell im Kurzvideodienst TikTok, aber auch im Rahmen von Instagram-Story- und -Reel-Beiträgen werden islamistische Anashid mit wenigen Klicks eingebunden und weiterverbreitet. Speziell TikTok bietet mit seiner jüngeren Zielgruppe und der „Sound“-Funktion ein ideales Umfeld für islamistische Akteure, um entsprechende Anashid ähnlich „akustischer Trojaner“ zu Radikalisierungszwecken einzuspeisen.

Zudem werden bei der Verbreitung islamistischer Anashid verschiedene Ausweichstrategien und Verfremdungspraktiken wie Audiotranskriptionen oder Verknüpfung mit Fotos oder Videos festgestellt, um ihre Identifikation und Sperrung durch die automatisierten Erkennungssysteme der Plattformen zu unterlaufen. Verbotene Logos und Symbole werden mit in der islamistischen Szene als Codes gängigen Emojis (z.B. schwarze Fahne) überdeckt, sowie die „Sounds“ durch Alternativtitel wie „Islamic Nasheed“ oder andere irreführende Bezeichnungen getarnt. Hierdurch wirken die Einzelbeiträge mit extremistischer Audio-Komponente auf den ersten Blick unscheinbar und werden somit eher durch unbedachte Nutzer weiterverbreitet. Dies führt dazu, dass junge Menschen mit diversen Hymnen der jihadistisch-salafistischen Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS), dem Terrornetzwerk „al-Qaida“ (AQ) oder auch älteren islamistischen Liedern in Kontakt kommen.

So bleiben teils gewaltverherrlichende Textaussagen und Organisationsbezüge der Lieder aufgrund der für Einzelne fremdsprachigen Gesänge sowie des Einsatzes der Verschleierungspraktiken oft zunächst unerkannt. Viele der nur wenige Sekunden dauernden Musik- bzw. Audioclips erscheinen oberflächlich als arabischsprachiger Rap mit sprachlich radikaler, aber rein religiöser Botschaft. In der Konsequenz können Minderjährige und junge Erwachsene islamistische Anashid konsumieren und verbreiten, ohne sich deren radikalisierungsfördernder und strafrechtlicher Tragweite bewusst zu sein. Arglos durch Einzelpersonen oder Influencer u.a. in Gaming- oder Fitnessclips eingebettet, diffundieren arabischsprachige IS-Hymnen wie „Ummati Qad Laha Fajrun“ (deutsch: „Meine Umma, die Morgenröte ist angebrochen“) die auch unter dem Alternativtitel „Dawlatu l-Islami Qamat“ (deutsch: „Der Staat des Islam hat sich erhoben“) bekannt ist, mit bis zu 27 Millionen Einzelabrufen und über 700.000 Likes heute in populäre soziale Medien wie Instagram hinein. Im Zuge ihrer viralen Verbreitung und des damit verbundenen Mainstreamings werden die Inhalte zusehends normalisiert und verharmlost.



In der sicherheitsbehördlichen Praxis und Radikalisierungsforschung gelten islamistische Anashid als bedeutsamer Frühindikator für eine beginnende ideologische Selbstverortung und als Einstieg in eine tiefergehende islamistische Radikalisierung. Ihr regelmäßiger Konsum und ihre bewusste Weiterverbreitung können als Anhaltspunkte für das Bekenntnis zur islamistischen Szene und Ideologie sowie als Hinweis für eine sich möglicherweise entwickelnde Gewaltakzeptanz und Mobilisierungsbereitschaft gewertet werden. Die wieder zunehmende Weiterverbreitung des teils über ein Jahrzehnt alten „Musikkatalogs“

des IS, anderer Terrororganisationen und weiterer organisationsunabhängiger jihadistischer Anashid, fügt sich in die Entwicklung der islamistischen Szene und den Anstieg des salafistischen Personenpotentials in Bayern auf zuletzt 780 Personen ein.

Bis heute gehören der deutschsprachige Rapper und spätere IS-Jihadist Denis Cuspert und dessen Anashid zu den bedeutendsten Radikalisierungs- und Mobilisierungswerkzeugen der jihadistisch-salafistischen Online-Szene in Deutschland. Dies zeigt auch die Referenzierung seines IS-Nashid „Auf zum Schlachten“ im Kontext von Drohbotschaften und Aufrufen zu Nachahmungstaten im Nachgang des islamistisch motivierten Anschlages vom 19. Februar in München.

ISLAMISTISCHE KINDERERZIEHUNG

Die salafistische Ideologie kann sich ebenso innerhalb familiärer Strukturen verbreiten. Dabei besteht die Gefahr, dass die Ideologisierung durch die Eltern oder durch einen Elternteil negativen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder nimmt. Dies betrifft nicht nur minderjährige Rückkehrer aus der Jihad- und Krisenregion Syrien und Irak, sondern auch Familien ohne Ausreisebezug. Die Indoktrinierung von Minderjährigen kann auf verschiedenen Wegen erfolgen und besteht, neben der Erziehung durch die Eltern, auch durch speziell auf Kinder zugeschnittene Angebote, wie z.B. die Kinderbücher des Online-Shops „Ummati“.

Auslandsbezogener Extremismus

AUFLÖSUNGSANKÜNDIGUNG DURCH PKK-ANFÜHRER ÖCALAN

Aktivitäten und Reaktionen der PKK-Szene



Am 27. Februar präsentierte eine Delegation der türkisch-kurdischen „Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker“ (DEM Parti, türkisch: „Halkların Eşitlik ve Demokrasi Partisi“) auf einer Pressekonferenz in Istanbul eine Erklärung von Abdullah Öcalan, dem in der Türkei inhaftierten Anführer der Terrororganisation „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK, kurdisch: „Partiya Karkerên Kurdistanê“). In seiner mit „Aufruf für Frieden und eine demokratische Gesellschaft“ betitelten Botschaft forderte Öcalan seine Anhänger dazu auf, in dem seit Jahrzehnten andauernden Kampf der kurdisch-separatistischen PKK gegen den türkischen

Staat einseitig die Waffen niederzulegen und die PKK aufzulösen. Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit einer demokratischen Transformation in der Türkei. Für die Anerkennung der politischen Interessen der kurdischen Bevölkerung sei ein Gewaltverzicht und die Auflösung der PKK erforderlich, so Öcalan in seiner schriftlichen Erklärung weiter.

Der Erklärung vorausgegangen waren mehrere Besuche von DEM-Delegierten seit Oktober 2024 bei dem in Isolationshaft lebenden Öcalan. Zuvor hatten Devlet Bahçeli, der Vorsitzende der türkisch-rechtsextremistischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP, türkisch: „Milliyetçi Hareket Partisi“), sowie der türkische Präsident und Vorsitzende der AKP, Recep Tayyip Erdoğan, die Freilassung des wegen Hochverrats einst zum Tode verurteilten, mittlerweile jedoch eine lebenslange Haftstrafe verbüßenden PKK-Anführers unter der Bedingung in Aussicht gestellt, dass die PKK der Gewalt abschwört und sich auflöst. Insbesondere die Initiative des Ultranationalisten Bahçeli, der im türkisch-kurdischen Konflikt als entschiedener Gegner einer Aussöhnung mit der PKK galt, hatte die Anhängerschaft beider politischen Lager überrascht.

In den zurückliegenden Jahrzehnten gab es bereits mehrfach erfolglose Versuche, eine Annäherung zwischen der PKK und der türkischen Regierung zu erreichen. Zuletzt scheiterte eine Lösung des Konfliktes zwischen 2013 und 2015, die ebenso von Waffenstillständen und Verhandlungen begleitet wurde, als der syrische Bürgerkrieg auf die Türkei übergriff und der Kampf gegen die jihadistisch-salafistische Terrororganisation „Islamischer Staat“ in kurdischen Siedlungsgebieten in einer neuerlichen Eskalation der Gewalt zwischen der PKK und Türkei mündete.

Reaktionen der PKK auf den Aufruf Öcalans

Am 1. März verkündete die PKK, dem Aufruf von Abdullah Öcalan grundsätzlich zu folgen. Die Niederlegung der Waffen durch die Guerillakräfte, einschließlich der sog. „Volksverteidigungseinheiten“ (HPG, kurdisch: „Hêzên Parastina Gel“), machte die PKK allerdings von bestimmten Bedingungen abhängig, darunter die Freilassung Öcalans und seine Beteiligung am Entscheidungsprozess zur Auflösung der PKK. Die türkische Regierung begrüßte die angekündigte Waffenruhe als „wichtigen Schritt“ und „Wendepunkt“ auf dem Weg zu einer „terrorfreien Türkei“, wie AKP-Parteisprecher Ömer Celik erklärte. Die türkische Regierung lehnte jedoch direkte Verhandlungen mit der PKK ab und forderte, dass alle kurdischen Milizen, einschließlich der „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG, kurdisch: „Yekîneyên Parastina Gel“) als militärischer Arm der syrisch-kurdischen PKK-Schwesterorganisation „Partei der Demokratischen Union“ (PYD, kurdisch: „Partiya Yekîtiya Demokrat“), ihre Waffen niederlegen sollten.

ANF NEWS Deutsch

Kulturfest Kurdistans Region-Ostern Frauen Ökologie Hintergrund Kultur Menschenrechte Pressefreiheit Weltweit

ALLE MELDUNGEN: [Verhaftung auf Internationalen](#) | [13.13: Kein Gefängnis in Toluca von Israel angegriffen](#) | [12.41: KDN MED hält vierten Kongress ab](#) | [11.18: Bericht deckt Massendeckelung](#)

Impressionen vom zwölften PKK-Kongress

Die PKK hat gestern ihre Selbstauflösung und die Einstellung des bewaffneten Kampfes verkündet. Der Beschluss wurde auf dem zwölften Parteikongress gefasst, der vor einer Woche in den Bergen Kurdistans tagte. Wir zeigen exklusive Bilder.



meistgelesen

Kiefer Woche: Aktionsgruppe erklärt NATO-Flotte auf Militärshow der Marine

USA greifen Iran an

ENDE DES BEWAFFNETEN KAMPFES

▲ ANF ● BEHÖRDEN ● Dienstag, 13 Mai 2025, 09:55

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat ihre Auflösung und das Ende des bewaffneten Kampfes verkündet. Sie habe ihre „historische Mission erfüllt“, die kurdische Frage ins Zentrum des politischen Diskurses gerückt und die jahrzehntelange Politik der Leugnung und Assimilation durchbrochen. Nun sei die Zeit der demokratischen Politik gekommen, heißt es im gestern veröffentlichten **Abschlusskommuniqué** des zwölften PKK-Kongresses. Dieser hatte mit der Teilnahme von 235 Delegierten vor einer Woche in den Medya-Verteidigungsgebieten stattgefunden. Wir zeigen exklusive Bilder:



Über die ihr nahestehende Nachrichten- und Medienplattform „Firatnews Agency“ (ANF) gab die PKK am 12. Mai im Anschluss an den 12. Parteikongress Anfang Mai bekannt, dass sie sich in ihrer bisherigen Organisationsform auflösen und den bewaffneten Kampf beenden werde. Öcalan wurde, nach öffentlichen Angaben, mit einer Videobotschaft zugeschaltet. In der Abschlussresolution zum 12. Parteikongress heißt es:

Mit dieser Entscheidung wird ein neues Kapitel nicht nur kurdischer Geschichte eingeleitet, sondern auch die Tür geöffnet für die Demokratisierung der Türkei und des gesamten Mittleren Ostens. Frieden und eine demokratische Gesellschaft, Appell und Ziel Abdullah Öcalans, fordern jedoch auch vonseiten des türkischen Staates konkrete Schritte. Es bedarf der zügigen Implementierung juristischer und politischer Grundlagen für eine sichere und nachhaltige Festsetzung des Prozesses. Die Freiheit von Abdullah Öcalan ist hierbei unerlässlich.

Die PKK betonte überdies, dass die Umsetzung der Beschlüsse und die Entwaffnung unter der Leitung von Öcalan stattfinden müsse. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sowie Außenminister Hakan Fidan begrüßten den Beschluss als wichtigen Schritt, stellten jedoch klar, dass die vollständige Auflösung aller PKK-Strukturen eine Voraussetzung für weitere Fortschritte sei.

Reaktionen der deutschen und bayerischen PKK-nahen Szene auf den Aufruf Öcalans

Die Erklärung von Abdullah Öcalan am 27. Februar und die Ankündigung eines möglichen neuen Friedensprozesses im türkisch-kurdischen Konflikt wurde von der PKK-nahen Szene in Bayern, welcher aktuell rund 1.700 Personen zugerechnet werden, mit einer Mischung aus Hoffnung, Unsicherheit und Skepsis aufgenommen.



Die „Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e.V.“ (KON-MED) veröffentlichte noch am selben Tag eine offizielle Stellungnahme. Der 2019 gegründete PKK-nahe Dachverband, der rund 100 kurdische Vereine in Deutschland umfasst, sieht in der Erklärung und den jüngsten Entwicklungen einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zu mehr politischer Teilhabe von Kurden in der Türkei und einem möglichen Ende des türkisch-kurdischen Konflikts. Jedoch verbindet KON-MED den Fortgang mit klaren Forderungen an den türkischen Staat:

Der Aufruf, die notwendigen politischen und juristischen Grundlagen für die Niederlegung der Waffen durch alle Gruppen sowie die Auflösung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu schaffen ist ein historischer Moment, den es von allen Seiten intensiv zu unterstützen gilt. [...] Damit dieser Funken Feuer fangen kann, also Frieden und Demokratie gelebte Realität werden, ist es in erster Linie notwendig, dass Abdullah Öcalan als Schlüsselfigur seine Führungsrolle in diesem Prozess frei ausüben kann. Auch der türkische Staat ist aufgerufen, die Bindung an den Prozess deutlich zu machen.

KON-MED nimmt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung der Ideologie und Propaganda der PKK, der Mobilisierung von Anhängern und Unterstützern sowie der Koordination von Aktivitäten in Deutschland, darunter Demonstrationen und Spendensammlungen, ein. Nach Bekanntgabe der Abschlussresolution des 12. Parteikongresses der PKK zum Gewaltverzicht und der Auflösung der PKK richtete KON-MED sich in einer Stellungnahme an die Bundesregierung und forderte diese zu einem „Umdenken in der Innenpolitik“ und einem Ende der vermeintlichen „Kriminalisierung kurdischen Engagements“ respektive PKK-naher Vereine, Kulturinstitutionen und Aktivisten auf.

Anlässlich einer Demonstration zum 1. Mai in München, an der u. a. die Ko-Vorsitzende der KON-MED, Ruken Akca, persönlich teilnahm, skandierten Teilnehmer wiederholt die Parole „Ji Rêber Apo re azadi“ (deutsch: „Freiheit für Führer Apo“) und zeigten

die Flagge der YPG sowie der YPJ (kurdisch: Yekîneyên Parastina Jinê – „Frauenverteidigungseinheiten“), bei denen es sich um bewaffnete Guerillaeinheiten der syrischen PKK-Schwesterorganisation PYD handelt.

ANF NEWS Kurdistanî

ROJANE KURDISTAN JIN ROJANA SORVE ÇIMA GÊDOLÊ ÇIHAN ÇAND û HUNER ENERJIA ANALIZ ZANIST Video

HERKÊ NÛÇE

14.12. WÊJÎ Lî gerdîsîstî wê gerdîsîstî jê de bi dawlî bibe / 14.12. DEM PARTî Partî wê jî bo kom

Li Kiel, Fribourg û Nurnbergê civînên gel hatin lidarxistin

Pêvajoya "Agil û Cîvaka Demokratîk" û rola diyarker a azadiya Rêber Apo di civînan gel en li bajarê Kiel û Elmangayê û li bajarê Fribourg ê Swîtereyê hatin lidarxistin, hate nirxandin.

CIVÎNÊN GEL

▲ ANF ▼ NAVENDA NÛÇEYAN © yekşem, 9 adarê 2025, 22:14

f x t g s w

Li bajarê Kiel e Elmangayê bi pêşengiya Meclîsa Geli Kurd civînekê girseyî hate lidarxistin. Di

yên herî zêde hatine xwendin

HERKÊ NÛÇE

PJAK

Jî PJAKê peymana jî bo gelê Tirk e Azerî

Zuvor bereits hatte der Nürnberger Verein „Medya Volkshaus e.V.“ Informationsveranstaltungen zu den Hintergründen, der Bewertung und zum Austausch über den begonnenen Prozess ausgerichtet. Bei einer dieser Veranstaltungen in den Räumlichkeiten des PKK-nahen Vereins nahm am 9. März einer der Anwälte des PKK-Anführers Öcalan persönlich teil. Der Verein „Medya Volkshaus e.V.“ ist einer von 2 kurdischen Vereinen in Bayern, die der KON-MED offiziell angehören. Zweiter Verein ist der „Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Aschaffenburg e.V.“. Der ehemals den Strukturen der KON-MED zugeordnete „Kurdisches Gesellschaftszentrum München e.V.“ hat sich offiziell aufgelöst und wurde aus dem Vereinsregister gelöscht, wobei das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hier Nachfolgeaktivitäten unter dem neuen Namen „Kurdisches Zentrum München“ feststellen konnte.

Bislang bleibt unklar, ob die PKK und ihre gesamte Anhänger-schaft geschlossen hinter einer Auflösung stehen oder ob einige Unterstützer in der „einseitigen Gewaltlosigkeit“ einen Verrat an ihrem Werdegang sehen. Cemil Bayik, Ko-Vorsitzender der „Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK, kurdisch: „Koma Civakên Kurdistan“), einem Dachverband für verschiedene kurdische Organisationen in der Türkei, Syrien, Irak und Iran sowie der internationalen Diaspora und Sinnbild für die (Re-)Organisa-tionsfähigkeit der PKK, hat am 13. April betont, dass die PKK nicht direkt in einen Friedensprozess eingebunden sei und Öcalan „weitgehend alleine“ verhandle. Es kann somit nicht sicher ausgeschlossen werden, dass ein Teil der Terrororganisation den bewaffneten Kampf fortsetzen könnte. Es bleibt überdies abzu-warten, wie das kurdisch-syrische Äquivalent zur PKK, die PYD, sowie deren militärische Arme YPG bzw. YPJ als Teile der mehr-heitlich kurdisch geführten „Syrischen Demokratischen Kräfte“ (SDF, englisch: „Syrian Democratic Forces“), auf die weiteren Entwicklungen reagieren werden.



Rechtsextremismus

AUFLÖSUNG DER JUNGEN ALTERNATIVE UND GEPLANTE NEUGRÜNDUNG



JUNGE ALTERNATIVE
BAYERN

Die Junge Alternative (JA) wurde im Juni 2013 gegründet und als eigenständiger Verein mit Sitz in Berlin konstituiert. Sie war gemäß der bisherigen Fassung der Bundessatzung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) deren offizielle Jugendorganisation.

Um die Jugendorganisation neu zu gründen und enger an sich zu binden, stellte der AfD-Bundesvorstand beim diesjährigen Bundesparteitag in Riesa (Sachsen) am 12. Januar einen Antrag zur Änderung der AfD-Bundessatzung mit dem Ziel, die JA aufzulösen und eine in die AfD integrierte Jugendorganisation neu zu gründen. Die Antragsteller begründeten den Schritt v.a. mit einer besseren finanziellen Ausstattung sowie dem Schutz der JA vor einem möglichen Verbotsverfahren. Eine Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung der JA war damit nicht verbunden. Dem gegenüber hatten sich zahlreiche, auch bayerische, JA-Mitglieder sowie Angehörige aus dem bayerischen AfD-Landesverband gegen die Auflösung ausgesprochen. Der Antrag wurde mit der nötigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Die Satzungsänderung trat zum 1. April in Kraft.

Daraufhin beschloss der JA-Bundeskongress am 1. Februar die Auflösung der JA mit Wirkung zum 31. März. Laut Medienbe-

richten sollten bis zu 5.000 Euro des Vereinsvermögens der JA an den rechtsextremistischen Verein „Ein Prozent e.V.“ gespendet

EINPROZENT

werden. Der Verein vertritt einen ethnisch-abstammungsmäßig definierten Volksbegriff, weist eine migranten- und islamfeindliche sowie rassistische ideologische Ausrichtung auf, verbreitet antisemitische Narrative und propagiert das verschwörungstheoretische Konzept des „Großen Austauschs“. Ziel des Vereins ist die metapolitische Erringung der kulturellen Hegemonie und damit die Etablierung einer entsprechenden „Gegenkultur“. Dabei werden eigene Aktionen und Projekte umgesetzt sowie ideologisch gleichgesinnte Akteure und Organisationen gefördert und unterstützt.

Am 22. März wurde bekannt, dass sich der bayerische JA-Landesverband (JA Bayern) dem Beschluss des AfD-Bundesparteitages gemäß ebenfalls aufgelöst hat:

Der vergangene Bundesparteitag hat sich mehrheitlich für eine Neuorganisation der Jugend der Alternative für Deutschland entschieden. Zukünftig soll die bisherige Jugendvereinigung der AfD nicht länger ein selbstständiger Verein sein, sondern strikt in die Partei eingegliedert werden. [...] Folgerichtig haben wir nun den bayerischen Landesverband der JA elfeinhalb Jahre nach seiner Gründung aufgelöst und damit die Grundlage für eine Neugründung unter anderen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen. Die JA Bayern hat eine super Aufbauarbeit geleistet. Wir haben junge Menschen organisiert, Kultur- und Bildungsveranstaltungen auf die Beine gestellt, gemeinsam Freizeit genossen und Freundschaften geknüpft. Vor allem aber haben wir in ungezählten kreativen und friedlichen Aktionen gegen den Bevölkerungsaustausch, gegen den Impfwang, für unser Land und für unsere Werte



gekämpft. Wir haben Ideen geprägt und die linke Meinungsherrschaft angezählt. An dem Aufstieg der AfD zur zweitstärksten Partei unter den Jungwählern in Bayern haben wir einen nicht unwesentlichen Anteil beigetragen. Impulse für die Mutterpartei gingen häufig von uns aus, darunter das Setzen des Begriffs Remigration. [...].

Im April wurden in der Folge die Kanäle des ehemaligen bayerischen JA-Landesverbandes in den sozialen Medien in „Jugendgruppe Bayern“ umbenannt.

Die Gründung der neuen AfD-Jugendorganisation ist für den Herbst 2025 geplant. Der bisherige bayerische JA-Landesvorsitzende beabsichtigt, in Bayern als Vorsitzender zu kandidieren und plädiert dafür, die neue Jugendorganisation ebenfalls „Junge Alternative“ zu nennen. Gegenüber der Presse sagte er, die neue Jugendorganisation solle – auch was die Vernetzung mit dem extremistischen Vorfeld der AfD angeht – weitermachen wie bisher:

Es ist bei mir, glaube ich, selbstverständlich, dass ich mich nicht distanzieren. Das habe ich bisher nicht gemacht, werde ich auch jetzt nicht machen.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass dem Prozess der Neuformierung der AfD-Jugendorganisation eine überwiegend strategische Motivation zugrunde lag und eine inhaltliche Neuausrichtung nicht beabsichtigt ist.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz bearbeitet die JA seit Mitte Januar 2019 als Beobachtungsobjekt. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

STRATEGIEWECHSEL DER IDENTITÄREN BEWEGUNG UND AKTUELLE AKTIVITÄTEN

Kennzeichnend für den Aktionismus der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ (IB) sind öffentliche Stör- und Transparenktionen, die sie im Rahmen von Social-Media-Kampagnen inszeniert und verbreitet.

Ab Mitte 2022 löste die IB ihre hierarchische Struktur zugunsten autonomer Orts- bzw. Regionalgruppen auf, die sich daraufhin teilweise unter anderem Namen und ohne das für die Gruppierung typische Lambda als Erkennungszeichen präsentierten. Außerdem traten IB-Aktivist:innen bei Aktionen hin und wieder maskiert auf, um sich vor einem „Outing“ zu schützen. Mit dieser Strategie versuchte die IB infolge von Verbots- bzw. Strafverfahren in Deutschland, Frankreich und Österreich weiteren Repressionen zu entgehen. Die IB befürchtete zwar, dadurch „weniger nahbar und volksnah“ zu wirken, befand jedoch die neue Strategie für notwendig, um die Bewegung als Ganze nicht weiter zu gefährden.

Von dieser Strategie hat sich die IB mittlerweile entfernt. Sie tritt nun auch in Bayern wieder vermehrt offen als „Identitäre Bewegung“ unter Verwendung des gelb-schwarzen Lambda-Symbols auf und gibt sich selbstbewusst. Am 17. Februar veröffentlichte die IB Deutschland gemeinsam mit einem Aktivist:innen aus Bayern eine Videobotschaft, in der man ein neues Selbstverständnis propagiert. Die IB sei demnach bereit, „sich an die Spitze [einer] Entwicklung zu stellen“, damit Deutschland „das Land der Deutschen“ bleibe. Vor der Walhalla in Donaustauf bei Regensburg erklärt der Aktivist im Video:



Die Repressionen der vergangenen Jahre zwang uns oftmals eine Maske aufzulegen. Nicht immer konnten wir klarmachen, wer wann wo welche Aktion umgesetzt hat. Was bei vielen Leuten die Frage aufgeworfen hat, ob die Identitäre Bewegung bereits tot sei. Aber wir haben die Zeit im Schatten genutzt. Haben Netzwerke aufgebaut, Strukturen professionalisiert und Aktivist:innen ausgebildet und stehen jetzt bereit, mit spektakulären kreativen Aktionen den Diskurs weiter vor uns herzutreiben. Jetzt sind wir wieder zurück! In unseren Farben: Schwarz und Gelb! Mit unserem Lambda.

Dabei behauptet der Aktivist, dass man Begriffe wie Ethnopluralismus „in den neurechten Diskurs“ habe einbringen können, und reklamiert die Popularisierung des Begriffs der „Remigration“ als „größten Erfolg der letzten Jahre“.

Der Begriff Remigration ist an sich deutungsoffen. Jedoch vertreten die IB und ihre Führungsfigur, Martin Sellner, ein verfassungsfeindliches Remigrationskonzept. So bezieht sich deren Remigrationsforderung insbesondere auch auf deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund und ist als Maßnahme zur Erreichung des Ethnopluralismus zu verstehen. Diese umfasst die Zielvorstellung eines ethnisch und kulturell homogenen Staates. Eine derartige Forderung schreibt Menschen mit Migrationshintergrund einen geringeren Wert zu und richtet sich gegen die im Grundgesetz enthaltene prinzipielle Gleichheit der Menschen.

Flyerverteilung an Schulen

Wenige Wochen später führte die IB Ende April eine bundesweite Kampagne durch, bei der auch in Bayern Flyer vor und an mehreren Schulen, u. a. in München, verteilt wurden. Im direkten Umfeld der Schulen bauten die Rechtsextremisten Info-Stände auf, verteilten Flyer oder sprachen Schüler aktiv an.

Die vor den Schulen verteilten Flyer waren mit der Überschrift „Lehrer hassen diese Fragen“ versehen. Die Rückseite listete 5 Fragen auf, die v. a. die Themen Migration, „Remigration“ sowie das subjektive Sicherheitsempfinden, insbesondere von Frauen und Mädchen, ansprechen. Mit der Kampagne versuchte die IB, gezielt Ängste bei Jugendlichen zu schüren und sie damit zur Unterstützung der IB zu motivieren.



Das von der IB geforderte Remigrationskonzept wurde auf dem Flyer bewusst zurückhaltend dargestellt. So wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass „Remigration“ möglich sei und

es viele Menschen gebe, die „kein Recht haben, sich in Deutschland aufzuhalten“. Es ist jedoch bekannt, dass die IB seit Jahren einen verfassungsfeindlichen Remigrationsbegriff propagiert und dabei auch fordert, dass Personen, darunter auch deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund, die den „ethnokulturellen“ Kriterien der IB nicht entsprechen, Deutschland dauerhaft verlassen sollen. Insofern ist die Formulierung auf dem Flyer als gezielte Selbstverharmlosung zu werten. Dies zielt darauf ab, von den angesprochenen Jugendlichen insgesamt zwar als provokant, aber nicht als offensichtlich rechtsextremistische Gruppierung wahrgenommen zu werden.

Teilnahme bayerischer Aktivisten am „Remigration Summit 2025“

Am 17. Mai fand in Mailand ein „Remigration Summit 2025“ statt, der zuvor von verschiedenen Akteuren aus dem Spektrum der Neuen Rechten beworben worden war. An diesem internationalen Vernetzungstreffen, das von der italienischen Gruppe „Azione Cultura Tradizione“ organisiert worden war, nahmen neben Martin Sellner auch Personen aus anderen Staaten teil.

Zu den Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland zählten u. a. Personen, die der IB Deutschland, der „COMPACT-Magazin GmbH“ sowie der Partei „Alternative für Deutschland“ zurechenbar sind. Unter diesen befanden sich auch 8 Personen aus Bayern, die der IB-Gruppierung „Lederhosenrevolte“ zuzurechnen sind, obwohl ihnen am 16. Mai am Flughafen München durch die Bundespolizei die Ausreise untersagt worden war.



Die Bereitschaft, trotz Ausreiseuntersagung nach Mailand zu reisen, mit Aktionen im Umkreis von Schulen neue Provokationen zu setzen und das verstärkte öffentliche Zeigen der Gesichter der eigenen Aktivisten belegen den erneuten Strategiewechsel im Auftreten der IB. Demgegenüber hat sich das Ziel der IB, negative Assoziationen und gesellschaftliche Abwehrreflexe

gegenüber rechtsextremistischen Ideen und Parolen zu überwinden, Sagbarkeitsfelder zu erweitern und somit eine neue Akzeptanz gegenüber extremistischen Werten und Vorstellungen zu schaffen, nicht verändert.

Auch die im Nachgang zum „Remigration Summit 2025“ erfolgte Selbstdarstellung als Opfer angeblich ungerechtfertigter staatlicher Maßnahmen ist eine bekannte Strategie der Gruppierung. Ziel ist es dabei, staatliches Handeln als repressive Überreaktion darzustellen und über deren Thematisierung auf sozialen Medien Aufmerksamkeit für die eigene Gruppierung und deren Forderungen zu erzeugen.

EINSTUFUNG DES „TEAM MENSCHENRECHTE NÜRNBERG“ ALS BEOBACHTUNGSOBJEKT

Im Zusammenhang mit Corona-Protestveranstaltungen in den Jahren 2020 und 2021 ist dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) die Gruppierung „Team Menschenrechte Nürnberg“ (TMN) als Organisator von Versammlungen bekannt geworden. Die Gruppierung organisierte teilweise wöchentlich Veranstaltungen in und um Nürnberg, bei denen in der Spitze im Winter 2021/2022 bis zu 2.100 Personen teilnahmen.



Zwischen 2022 und 2024 gingen die Aktivitäten der in das „Team Menschenrechte Nürnberg“ eingebundenen Personen, einschließlich der organisierten Veranstaltungen und deren Teilnehmerzahlen, deutlich zurück. Seit dem Jahr 2024 wurde jedoch ein kontinuierlicher Wiederanstieg der Aktivitäten von TMN verzeichnet. Zwischenzeitlich erreichte die Initiative bei ihren zumeist am tagespolitischen Geschehen orientierten, montäglichen Veranstaltungen wieder mehr Zulauf, beispielsweise am 22.03.2025 im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages mit in der Spitze ca. 500 Teilnehmern.

Wie der eigenen Webseite zu entnehmen ist, versteht sich das TMN selbst als „Bürgerinitiative zur vollständigen Wiederherstellung unserer Grundrechte“ und tritt laut Redebeiträgen seiner Mitglieder für die „Rettung der Demokratie“ ein. Dabei beziehen sich die teilweise auch im Internet veröffentlichten Redebeiträge regelmäßig auf ein angebliches Versagen der Bundesregierung,

bzw. beinhalten Kritik an den führenden Politikern, welchen mitunter unterstellt wird, ein totalitäres System errichten und die Demokratie beenden zu wollen.

Bei ihren Demonstrationen durch die Nürnberger Innenstadt skandierten die Teilnehmer zuletzt auch die Parolen „Re-Re- Remigration“, „Gemeinsam für Deutschland“ und „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“. Während des Bundestagswahlkampfes 2025 nutzten Aktivisten von TMN ihre Redebeiträge auch, um die AfD zu unterstützen, die sie als „Alternativmedizin gegen Mord und Totschlag“ bezeichnen.

An den Demonstrationen beteiligten sich aktiv wiederholt auch Personen, die ebenfalls Organisationen angehören, die dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag des BayLfV unterliegen, wie z. B. Führungspersonlichkeiten der rechtsextremistischen Partei „Die Heimat“. Eine Distanzierung von den teilweise in Parteikleidung auftretenden Rechtsextremisten erfolgte von Seiten des TMN zunächst nicht.

Auch Personen mit Bezügen zu den Phänomenbereichen Reichsbürger und Selbstverwalter und Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates nahmen an Versammlungen von TMN teil. Während der montagabends stattfindenden TMN-Demonstrationen, die in der Spitze eine Beteiligung von bis zu 500 Personen erreichten, übernahmen einige TMN-Aktivist*innen auch die Aufgabe eines Ordnerdienstes. Diese Ordner traten dabei teilweise in einschlägiger rechtsextremistischer Szenekleidung auf.



Montagsprotest Nürnberg & Omas gegen Rechts Gegendemo 7.4.25

Im Mai distanzieren sich die Organisatoren des TMN von mehreren als Ordner auftretenden Personen. Auslöser waren Äußerungen eines Ordners im Rahmen der Demonstration am 12. Mai mit positiver Bezugnahme auf Adolf Hitler.

In den TMN-Chatgruppen wird regelmäßig die unter Rechtsextremisten populäre Forderung nach einer „Remigration“ verbreitet. Zwar ist der Begriff an sich deutungsoffen, jedoch wird in den Chatgruppen explizit auf das verfassungsschutzrelevante Remigrationskonzept des Rechtsextremisten Martin Sellner Bezug genommen. So werden Beiträge aus Sellners Telegram-Kanal veröffentlicht oder es wird Bezug auf dessen Aktivitäten oder auf die rechtsextremistische Identitäre Bewegung genommen. Insbesondere der Telegram-Kanal „Team Menschenrechte Nürnberg“ sowie die dazugehörige Telegram-Chatgruppe „Team Menschenrechte im Gespräch“ werden von den verantwortlichen Personen u. a. dazu genutzt, um Positionen zu verbreiten, die sich gegen die Menschenwürde von Personen mit Migrationshintergrund richten. Weitere Dialoge weisen Bezüge zur Reichsbürger- und Selbstverwalterszene auf oder enthalten gewaltverherrlichende Inhalte.



Abgesehen von der Distanzierung von den als Ordner tätigen Personen ist weiterhin nicht erkennbar, dass sich das TMN effektiv von der rechtsextremistischen Ideologie abgrenzt. Aufgrund der Gesamterkenntnislage stuft das BayLfV das TMN als Beobachtungsobjekt im Phänomenbereich Rechtsextremismus ein.

Die Beobachtung von TMN-Aktivisten erfolgt grundsätzlich im Rahmen einer Einzelfallprüfung. Dem TMN werden all diejenigen Personen zugerechnet, die sich als Aktivisten bei Veranstaltungen der Gruppierungen mit einer Funktion beteiligen wie z.B. Veranstaltungsanmelder und -leiter sowie Redner und Ordner. Daneben werden dem Personenzusammenschluss auch Personen zugerechnet, die sich in den sozialen Medien mit eigenen Beiträgen über längere Zeit hinweg an den Diskussionsverläufen der entsprechenden Telegram-Chatgruppe beteiligen. Bloße Abonnenten des Telegram-Kanals „Team Menschenrechte Nürnberg“ werden grundsätzlich nicht durch das BayLfV beobachtet, ebenso wenig Personen, die lediglich als Veranstaltungsteilnehmer festgestellt werden. Die Protestszene steht in ihrer Gesamtheit nicht unter Beobachtung durch das BayLfV.

Der Beobachtung durch das BayLfV unterliegt auch die Gruppe um diverse ehemalige Ordner des TMN, die sich bereits am 19. Mai zu einer stationären Kundgebung sowie am 7. Juni zu einer sich fortbewegenden Veranstaltung in der Nürnberger Innenstadt eingefunden hat.

Reichsbürger und Selbstverwalter

VERBOT DER REICHSBÜRGER- UND SELBST- VERWALTER-GRUPPIERUNG „KÖNIGREICH DEUTSCHLAND“

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat am 13. Mai den Verein „Königreich Deutschland“ (KRD) sowie dessen 22 Teilorganisationen gemäß Art. 9 Abs. 2 GG i. V. m. § 3 Abs. 1 VereinsG verboten. Das Verbot des KRD umfasst ebenso die Teilorganisation „LEUCHT-TURM“ – Regionalstellenaufbau im Königreich Deutschland, die seit 2022 auch in Bayern Aktivitäten in Form von Seminaren und Wanderungen entfaltete. Ferner geht mit dem Verbot die Sperrung sämtlicher Online-Plattformen des Vereins einher.



Polizeiliche Einsatzkräfte führten in 7 Bundesländern (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) bei 16 Personen in zahlreichen Objekten Durchsuchungsmaßnahmen durch. In Bayern waren keine Personen oder Objekte von den Vollzugsmaßnahmen unmittelbar betroffen.

Am Vollzug und der Beschlagnahme des Vereinsvermögens waren insgesamt etwa 800 Einsatzkräfte der Bundespolizei, des Bundeskriminalamts (BKA), der Polizeien der von den Maßnahmen betroffenen Bundesländer und das Bundesverwaltungsamt beteiligt. Das Technische Hilfswerk unterstützte bei der Sicherstellung von Großgerät.

Im Rahmen der Durchsuchungen wurden zahlreiche Beweismittel sichergestellt, darunter Ordner, Digitalasservate und IT-Equipment. Des Weiteren wurden 3 Vereinsimmobilien, zahlreiche Fantasiedokumente, Vereinsunterlagen, Datenträger und Dokumente beschlagnahmt, ebenso wie ein Bargeldbetrag in niedriger sechsstelliger Höhe sowie diverse Landmaschinen und Fahrzeuge, die dem Verein und seinen Teilorganisationen zugeordnet werden können. Vereinzelt wurden auch Waffen aufgefunden, u.a. eine Armbrust mit Pfeilen, ein Schlagstock, eine Machete und eine Pressluftwaffe.

Zeitgleich zum Verbotsvollzug führte das BKA im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts (GBA) aufgrund des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung Durchsuchungen und Festnahmen bei führenden KRd-Mitgliedern durch. Die Vereinigung war darauf gerichtet, Wirtschafts- und Steuerdelikte zu begehen, um den eigentlichen Vereinigungszweck, nämlich die Ausdehnung des „Königreichs“ auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu fördern. Gegen Fitzek als Rädelführer sowie 3 weitere vom Ermittlungsverfahren des GBA betroffene Personen wurden Haftbefehle vollstreckt. Zudem fanden Exekutivmaßnahmen gegen eine weitere Person in der Schweiz statt.

Realweltliche Aktivitäten von KRD-Anhängern in Bayern beschränkten sich überwiegend auf die Durchführung von Seminaren und Wanderungen. Dass die Gruppierung zwischenzeitlich auch großen Anklang in der bayerischen Reichsbürger- und Selbstverwalterszene gefunden hat, belegt beispielsweise der „KRD LEUCHTTURM ZUKUNFTSKONGRESS“ vom 9. Juni 2024 im Landkreis Erding, bei dem eine Teilnehmerzahl im hohen zweistelligen Bereich festgestellt wurde. Vorab war die Veranstaltung als „wichtigster Termin überhaupt in diesem Jahr“ für „alle Zu & Angehörige“ des KRD beworben worden. Als Vortragsredner trat u. a. auch Peter Fitzek auf. Zum Jahresbeginn 2025 gingen die Aktivitäten von KRD-Anhängern in Bayern deutlich zurück. So wurden weder Seminare festgestellt, noch mobilisierte die Gruppierung über ihre öffentlichen Internetpräsenzen zu Vernetzungstreffen in Bayern.

Das KRD war bundesweit eine der mitgliederstärksten und aktivsten Reichsbürger- und Selbstverwalter-Gruppierungen mit rund 1.000 aktiven Angehörigen. Eigenangaben von über 6.000 Personen erscheinen weit überhöht und beziehen sich auf die reine Mitgliedschaft. Das Personenpotenzial in Bayern belief sich auf ca. 220 Personen, wovon ca. 40 Personen als aktive Angehörige gezählt wurden.

Der Fantasiestaat war im September 2012 in Lutherstadt Wittenberg „ausgerufen“ worden. Fitzek hatte sich in einem „Staatsgründungsakt“ zum „Obersten Souverän“ ernennen lassen. Die Organisation nahm für sich in Anspruch, durch eine eigene Staatsgründung mit eigener „Verfassung“ aus der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland ausgetreten zu sein. Innerhalb der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene ist sie daher dem Spektrum der Selbstverwalter zuzurechnen.



Das KRD strebte einen vorgeblichen „Gemeinwohlstaat“ an, der sämtliche Lebensbereiche umfassen sollte. Auf dem selbst ernannten Staatsgebiet sollten u. a. sog. „Gemeinwohldörfer“ betrieben werden. Zudem wurden reale staatliche Gemeinden dazu aufgerufen, in das KRD zu wechseln, um so dessen Staatsgebiet zu vergrößern. Angestrebt wurde auch ein eigenes Schulsystem, welches Kinder dem „staatlichen Zugriff“ entziehen sollte. Nach Ansicht des KRD sollten Geburten von Kindern möglichst erst gar nicht im „System“ angemeldet werden. Es liegen keine Erkenntnisse zu derartigen Aktivitäten in Bayern vor.

Wesentliches Strukturelement des KRD waren auch verschiedene Immobilien, die von seinen Anhängern bewohnt bzw. bewirtschaftet wurden und das angebliche Staatsgebiet bilden sollten. Obwohl die sog. „Repräsentanzen“ der „Gemeinwohlkassen“ – Niederlassungen nach Art von Bankfilialen in Dresden, Menden (NRW) und Lutherstadt Wittenberg – bereits 2023 durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geschlossen worden waren, ging das KRD seinen Geschäften unverändert nach. Ohne die erforderlichen staatlichen Genehmigungen und trotz vielfacher Untersagungen durch die BaFin betrieb die Organisation weiterhin Versicherungen und Banken, beispielsweise eine „Deutsche Heilfürsorge“ und eine „Königliche Reichsbank“.

Das KRD unterhielt darüber hinaus sog. „Staatsbetriebe“, deren Einnahmen unmittelbar in die Vereinigung fließen sollten. Die entsprechenden Niederlassungen waren bereits zuvor durch einen von der BaFin bestellten Abwickler geschlossen worden; Betriebsmittel wurden zumindest teilweise beschlagnahmt. Die entsprechenden Betriebe wie beispielsweise „Staatsbetrieb Schmuck Atelier – Goldenes Zeitalter“ wurden jedoch weiterhin vom KRD beworben.

Ein eigenes „Meldeamt“ führte neben einem sog. „Staatsangehörigkeitsregister“ auch ein „Betriebsregister“. Das KRD bewarb die Möglichkeit, eigene Betriebe mit oder ohne Angestellte „im KRD“ zu gründen oder bestehende Unternehmen in den „Rechtekreis“ der Organisation zu überführen, die dann im „Betriebsregister“ registriert wurden. Als Vorteile einer „Betriebsgründung im KRD“ wurden u.a. eine vorgebliche Steuerfreiheit, verminderte Sozialabgaben, die angeblich nur an das KRD abzuführen waren, sowie ein zins- und schuldfreies, vom Euro unabhängiges Geldsystem angeführt. Auf der Homepage des KRD wurden bundesweit ca. 700 Unternehmen aufgeführt, die sich dem KRD angeschlossen haben sollen. 23 dieser – überwiegend in esoterischen Geschäftsbereichen tätigen Kleinunternehmen – hatten ihren Sitz in Bayern. Es ist daher davon auszugehen, dass entsprechende Unternehmen – ebenso wie das KRD selbst – weder Steuern noch Sozialabgaben an staatliche Stellen entrichteten.

Linksextremismus

LINKSEXTREMISTISCHE AGITATION GEGEN „RECHTE“ VERANSTALTUNGSREIHE

Aktivismus und Agitation gegen „rechts“ ist ein Kernelement des Linksextremismus. Linksextremisten beteiligen sich daher immer wieder an Protesten gegen Demonstrationen, die von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten organisiert werden. Die linksextremistische Szene legt die Definition, was als „rechts“ wahrgenommen wird, sehr weit aus und geht erheblich über den Rechtsextremismusbegriff des Verfassungsschutzes hinaus.

Seit März steht die von der linksextremistischen Szene als „rechts“ wahrgenommene bundesweite Veranstaltungsreihe „Gemeinsam für Deutschland“ (GfD) im Fokus der linksextremistischen Proteste. Die linksextremistische Szene rechnet die Organisatoren der Veranstaltungsreihe sowohl dem Rechtsextremismus als auch der Szene der Querdenker- und Verschwörungstheoretiker zu. Die GfD-Veranstaltungen bzw. -Demonstrationen finden im Monatsrhythmus zeitgleich in mehreren deutschen Städten, darunter auch in Bayern, statt. Aufgrund der szeneseitigen Zuordnung der GfD-Kundgebungsreihe zum rechtsextremistischen Spektrum formierten sich jeweils Gegenproteste unter linksextremistischer Beteiligung. GfD steht nicht unter Beobachtung des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz.

In Aschaffenburg hatten lokale linksextremistische Gruppierungen zu Protesten gegen eine GfD-Demonstration am 26. April mobilisiert. Dabei setzten sie ihren Aufruf in Zusammenhang mit den Protesten gegen den „Rechtsruck“ in Deutschland.

In München gelang es der Szene, nach anfänglich schwacher Szenebeteiligung beim Protest gegen eine GfD-Veranstaltung am 22. März, das eigene Protestpotenzial gegen eine GfD-Demonstration am 26. April deutlich zu steigern. Dabei reklamierte die linksextremistische Szene für sich, die GfD-Demonstration über eine Stunde verzögert zu haben. Auch habe man die Polizeimaßnahmen „geschickt“ umgehen können und sei standhaft geblieben. Bei der Mobilisierung für diese Gegen demonstration gelang es der linksextremistischen Szene, über szeneeinterne Grenzen hinweg zu mobilisieren. Für die Proteste am 31. Mai konnte die Szene nach eigenen Angaben bis zu 400 Personen mobilisieren.

antifa_stammtisch • Folgen
Theresienwiese

antifa_stammtisch Dem rechten Aufmarsch entgegenzutreten!

📅 31. Mai, 13:00 Uhr
📍 Theresienwiese
➡ anschließend direkter Gegenprotest

Wie schon im März und im April mobilisiert "Gemeinsam für Deutschland" erneut bundesweit. Auch hier in München wollen sie sich wieder die Straße nehmen. Unter dem Deckmantel der „besorgten Bürgerinnen“ vertreten sie ganz klar rechte Positionen wie "Grenzschutz" und ein Bekenntnis zum Patriotismus. Diese vermeintlichen Ansätze bieten aber auf keinen Fall eine Lösung zu gesellschaftlichen Problemen sondern

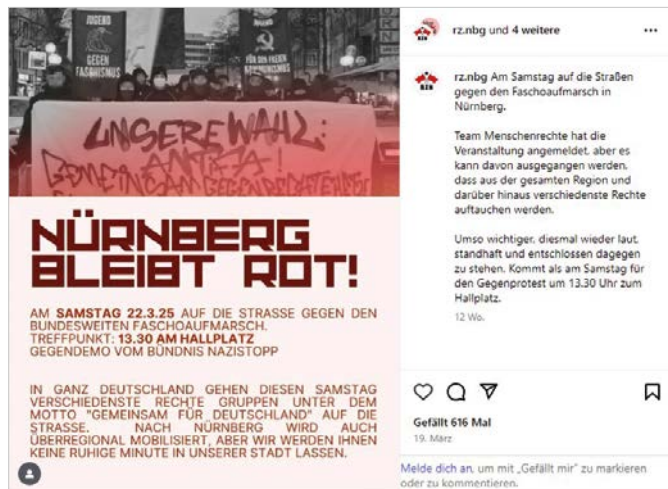
♥ 💬 🚩 📌

Gefällt 218 Mal
29. Mai

Melde dich an, um mit „Gefällt mir“ zu markieren oder zu kommentieren.

Agitation gegen das Team Menschenrechte in Nürnberg

Eine Sonderrolle nimmt derzeit die Situation in Nürnberg ein. Dort sieht sich die lokale linksextremistische Szene insbesondere durch die Aktivitäten und die montäglichen Demonstrationen der rechtsextremistischen Gruppierung „Team Menschenrechte Nürnberg“ (TMN) herausgefordert. Das TMN ist in die lokale Organisation der bundesweiten GfD-Demonstrationen eingebunden. Die linksextremistische Szene in Nürnberg konzentriert ihre Agitation und Aktivitäten zunehmend auf das TMN, das als einer der politischen Hauptgegner in Nürnberg gilt.



So wurden die TMN-Demonstrationen in den letzten Monaten wiederholt von Gegenprotesten der lokalen linksextremistischen Szene begleitet. Die linksextremistische Szene in Nürnberg versucht nicht nur die montäglichen Demonstrationen des TMN vor Ort zu blockieren und zu behindern, sondern auch den lokalen Ablegern der bundesweiten Demonstrationsreihe der GfD zu begegnen. Insbesondere die Versuche des TMN, die Demonstrationsroute durch den linksalternativ geprägten Nürnberger Stadtteil Gostenhof zu legen, führten zu einer erhöhten Emotionalisierung.

Ebenso schließt sich die lokale linksextremistische Szene immer wieder auch den Protesten nicht-extremistischer Gruppierungen gegen das TMN an, um eigene Aktionen, wie etwa Blockaden, durchzuführen. Im Rahmen der Proteste versuchen Aktivisten immer wieder, die Aufzugsstrecken zu blockieren oder auf diese zu gelangen. Dabei kommt es regelmäßig auch zu Konfrontationen mit eingesetzten Polizeikräften. Im Nachgang zu den montäglichen Demonstrationen berichtete die Szene zuletzt über das angeblich überzogene Vorgehen der Polizei. Letztendlich geht es der linksextremistischen Szene darum, dem politischen Gegner die Ausübung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit zu verwehren.

Ende April startete die linksextremistische Szene aus dem Umfeld der autonomen Gruppierung „Organisierte Autonomie“ (OA) eine Kampagne, die sich an die Stadt Nürnberg richtete. Möglichst viele Personen sollten sich an das Ordnungsamt der Stadt Nürnberg wenden und sich über die TMN-Demonstrationen und die dabei gewählten Routen beschweren. Ziel der Kampagne ist es, durch den Protest zukünftige Genehmigungen von TMN-Demonstrationen zu unterbinden.



Zudem veröffentlichte die OA am 15. Mai auf der linksextremistischen Internetplattform red-side.net eine Recherche zum TMN. In dieser wird die Entwicklung des TMN von ihren Anfängen bei den Corona-Protesten hin zu einer „rechten“ Gruppierung skizziert, die keine Berührungsängste gegenüber Rechtsextremisten habe und deren Präsenz auf den TMN-Demonstrationen zulasse.

Die linksextremistische Szene eint die Überzeugung, dass bei der Bekämpfung des „Faschismus“ alle Mittel zulässig seien, im Einzelfall auch die Anwendung von Gewalt. Dies spiegelt sich etwa in Parolen wie „Antifa ist Handarbeit“ oder „Antifaschismus überall und mit allen Mitteln“ wider. „Rechte“ Demonstrationen sollen so massiv wie möglich, bis hin zu deren Abbruch, blockiert und gestört werden.

LINKSEXTREMISTISCHER AKTIVISMUS IM ZUSAMMENHANG MIT DER BUNDESTAGS-WAHL

Im Nachgang zur Bundestagswahl vom 23. Februar veröffentlichten verschiedene linksextremistische Gruppierungen im Internet Kommentare und Stellungnahmen zum Ausgang der Wahl.

Vielfach wird das Wahlergebnis als Ergebnis eines angeblichen gesellschaftlichen Rechtsrucks gedeutet, so etwa beim „Offenen Antifaschistischen Treffen Augsburg“ (OATA) und dem „Offenen Antifaschistischen Treffen Memmingen“ (OATMM). In Konsequenz ruft die linksextremistische Szene dazu auf, sich antifaschistisch zu organisieren, die Treffen der jeweiligen Gruppierungen zu besuchen und sich ihnen anzuschließen.

In einem auf Instagram veröffentlichten Videokommentar des „Antifaschistischen Stammtischs München“ (ASM) wird die dem linksextremistischen Antifaschismus immanente Ablehnung des Parlamentarismus deutlich. So wird die Politik der ehemaligen Ampel-Regierung mit der Politik der Unionsparteien und der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) gleichgesetzt und behauptet, dass auch die Wahl der Partei „DIE LINKE“ nichts bewegen würde. Stattdessen müsse man „die Probleme der Krise an ihrer Wurzel packen und diese liegen nun mal im kapitalistischen System“. Die Selbstorganisation sowie der Kampf in Betrieben und auf der Straße würden mehr bewirken als eine demokratische Wahl. All dies hätte „mehr Gewicht als eure Stimme in einem System, in dem Politik nur für das Kapital und nicht für die arbeitende Bevölkerung gemacht wird“.

Damit wird dem politischen System der Bundesrepublik und dem Parlamentarismus im Allgemeinen die Problemlösungs- und Gestaltungskompetenz abgesprochen, da diese letztlich durch das Kapital gesteuert seien. Letztendlich geht mit der Aussage auch die Forderung nach der Überwindung des derzeitigen politischen Systems einher.

Bereits im Wahlkampf entfaltete die linksextremistische Szene in Bayern gesteigerten Aktivismus und versuchte zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen zu stören oder zu behindern. Dabei richtete sich der Aktivismus der Szene



nicht nur gegen die von ihr als faschistisch gebrandmarkte AfD, sondern auch gegen die „Christlich-Soziale Union“ (CSU) und die Parteien der ehemaligen Ampel-Regierung.

Vor allem Wahlkampfstände und -veranstaltungen der AfD waren regelmäßig Ziele der lokalen linksextremistischen Aktionen. Allerdings gerieten auch Veranstaltungen der CSU in Bayern zunehmend in den Fokus der linksextremistischen Szene. So wurde eine CSU-Wahlkampfveranstaltung in Kolbermoor (Lkr. Rosenheim) sowohl von einer Protestaktion des „Offenen Antifaschistischen Plenums Rosenheim“ (OAPR) als auch einer Aktion dreier nicht näher bekannter Aktivisten begleitet. Letztere ruderten in einem Schlauchboot mit Transparent und Pyrotechnik auf dem unmittelbar neben dem Veranstaltungsort gelegenen Mangfall-Kanal, um gegen die Migrationspolitik der Union zu demonstrieren. Auslöser hierfür dürfte ein Antrag der Unionsfraktion im Bundestag, dem auch die AfD zugestimmt hatte, gewesen sein.



Am Rand eines CSU-Wahlkampfstandes in Wasserburg am Inn (Lkr. Rosenheim) kam es zwischen einem CSU-Mitglied und einem Aktivisten der „Antifa-Jugend Wasserburg“ zu einer körperlichen Auseinandersetzung. Hierüber berichtete sowohl die mit dem OAPR verbundene „Antifa-Jugend Wasserburg“ als auch die lokale Presse. Infolge der Auseinandersetzung habe der Antifa-Aktivist im Krankenhaus behandelt werden müssen. Strafanzeigen seien allerdings nicht erstattet worden.



Im Wahlkampfendspurt trat am 18. Februar der damalige Finanzminister Christian Lindner für die FDP auf dem Münchner Marienplatz auf. Die lokale linksextremistische Szene mobilisierte v. a. in den sozialen Medien gegen die Veranstaltung. Der ASM begründete seinen Protest in einem Instagram-Aufruf wie folgt:

Neben ihrer neoliberalen Politik für Kapital und Bonzen ist die FDP auch eine Kriegstreiberpartei die mit ihrer Kriegspropaganda für Leid und Fluchtbewegung auf der ganzen Welt sorgt. Wir haben auf diese Scheiße keinen Bock und laden euch ein mit uns morgen ab 13:30 gegen die Klassenfeinde der FDP auf die Straße zu gehen.



Auch nach der Wahl setzte sich der Aktivismus der linksextremistischen Szene in Bayern gegen die neu gewählte Regierung fort. So riefen etwa verschiedene linksextremistische Gruppierungen in München dazu auf, den „Tag Merz“, den Tag der Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler, „zum Desaster“ zu machen. Auf dem Münchner Karlsplatz fand eine Kundgebung verschiedener Gruppierungen statt, darunter die linksextremistische „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und die „Revolution“ (Revo).

Laut dem von verschiedenen Gruppen in den sozialen Netzwerken verbreiteten Aufruf handelte es sich bei der Kundgebung um einen Schulstreik, an dem sich in der Spitze etwa 50 Personen beteiligten. Dabei wurden verschiedene Redebeiträge gehalten und Transparente gezeigt. Der SDAJ zufolge habe man die Kundgebung abgehalten, da man sich gegen „die neue Regierung mit ihrem Programm aus Militarisierung, Sozialabbau, Demokratieabbau und Rassismus“ wehren wolle. Eine SDAJ-Aktivistin bezeichnete die angekündigten Maßnahmen der neuen Regierung in ihrer Rede als „Teil eines umfassenden Umbaus dieser Gesellschaft – autoritär, neoliberal, nationalistisch“. Die Kundgebung belegt die Ablehnung der neuen demokratisch gewählten Bundesregierung durch die linksextremistische Szene und deren Wahrnehmung als autoritär und nationalistisch. Ähnliche Vorwürfe wurden zuvor bereits gegen die Ampel-Regierung erhoben; dabei stützte sich die Kritik hauptsächlich auf die Flüchtlings- und Sozialpolitik, die seitens der Szene in die Nähe zur AfD gerückt wurde.

In Augsburg führte das „Solidaritätsnetzwerk“ nach eigenen Angaben eine Kundgebung anlässlich der Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler durch. Dabei verwies das „Solidaritätsnetzwerk“ auf eine Stellungnahme der „Föderation Klassenkämpferischer Organisationen“ (FKO). In dieser wird die Gegnerschaft zur neuen Regierung mit folgenden Worten erklärt:

“
Wir werden in der neuen Regierung keine Unterstützer:innen, sondern erbitterte Gegner:innen unserer Mühen zum Aufbau einer schlagkräftigen Arbeiter:innenbewegung und unseres Kampfes gegen Kapitalismus und Patriarchat finden. [...] Das wird uns nicht davon abhalten, weiter für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der wir uns selbst regieren können – und nicht eine Riege von Kapitalist:innen und korrupten Politiker:innen! **Gegen die Regierung der Reichen und Kriegstreiber!**

”
(Hervorhebung im Original)

Es bleibt festzuhalten, dass die linksextremistische Szene – unabhängig von der jeweiligen Bundesregierung – das politische System der Bundesrepublik als kapitalistisch brandmarkt und kategorisch ablehnt. Die liberale Demokratie mit ihrer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist für die Szene untrennbar mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbunden. Beim Kapitalismus handelt es sich, aus linksextremistischer Überzeugung, um das Grundübel der modernen Gesellschaft. Nur eine Überwindung dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems im Zuge eines revolutionären Akts könne zu einer Verbesserung der Verhältnisse führen. Dies bedeutet allerdings auch, dass die liberale Demokratie beseitigt und durch ein, je nach ideologischer Ausrichtung, sozialistisches oder anarchistisches Staatswesen ersetzt werden muss.

Spionage- und Cyberabwehr

MUTMASSLICH RUSSISCH-ORCHESTRIERTE DESINFORMATIONSKAMPAGNE

Die Gefahren durch Spionage, Sabotage und Desinformation sind mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine seit 2022 stark gestiegen. Insbesondere stellen hierbei von Russland orchestrierte Desinformationskampagnen eine ernstzunehmende Bedrohung für den freien und demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess in Deutschland und Bayern dar.

Begleitend zu seinem Angriffskrieg hat Russland die Verbreitung (pro-)russischer und antiwestlicher Narrative offensiv ausgebaut und spricht selbst von einem „Informationskrieg“. Desinformation und Propaganda werden von Russland seit Kriegsbeginn bewusst eingesetzt, um auf den öffentlichen Diskurs und die politische Willensbildung in Deutschland und Europa einzuwirken und Öffentlichkeit wie Politik vorsätzlich zu täuschen oder zu beeinflussen. Ziel dieser Aktivitäten ist es, Unsicherheiten und Spaltungslinien in der deutschen Gesellschaft zu erzeugen bzw. zu vertiefen, die Bereitschaft für die Unterstützung der völkerrechtswidrig von Russland angegriffenen Ukraine zu mindern und in diesem Sinne Einfluss auf politische Entscheidungsträger und deren Entscheidungen zu nehmen.

Auch im Kontext der Bundestagswahl 2025 konnte Russland als Hauptakteur illegitimer Einflussnahmeversuche und digitaler Desinformationskampagnen identifiziert werden. So ließen sich bereits ab Dezember 2024 verdeckte russische Einflussnahmeversuche mit dem Schwerpunkt Desinformation detektieren. Dabei wurden im Rahmen des Wahlkampfes v.a. im Internet teils KI-generierte Videos, Text- und Bildbeiträge mit Fehlinformationen gezielt verbreitet.

Auch Bayern stand im Vorfeld der Bundestagswahl im Fokus russischer Desinformationsbemühungen. Hervorzuheben ist im Hinblick auf die öffentliche Resonanz und Verbreitungsreichweite ein KI-generiertes Deepfake-Video über den angeblichen Kauf des Kehlsteinhauses (Lkr. Berchtesgadener Land) durch den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyi. In dem am 6. Februar auf der Plattform X veröffentlichten Video wird u.a. behauptet, dass Präsident Selenskyi das Kehlsteinhaus über ein von ihm kontrolliertes Offshore-Unternehmen namens „San Tommaso SRL“ für 14,2 Millionen Euro erworben habe. Im Video wird außerdem ein offiziell anmutender Kaufvertrag sowie ein gefälschter „Tonmitschnitt“ präsentiert, in dem angeblich der Geschäftsführer des staatlichen Unternehmens Immobilien Freistaat Bayern zu hören sein soll.

Das Video ist wahrscheinlich der mutmaßlich russischen Desinformationsinitiative „Storm-1516“ zuzuordnen. Es wurde von einschlägig bekannten Accounts auf diversen Plattformen und Webseiten der Initiative geteilt. Das Narrativ einer vorgeblichen Nähe von Selenskyi zu Nationalsozialisten entspricht zudem der staatlichen Propaganda Russlands. Im Gegensatz zu vorherigen „Storm-1516“-Kampagnen konnten mit dem Video vergleichsweise hohe Aufrufzahlen generiert werden.

Vor allem auf X haben eine Reihe pro-russischer Accounts jeweils mehrere hunderttausend Aufrufe von Posts zum angeblichen Kauf des Kehlsteinhauses erzielt, einzelne Aufrufzahlen sogar im unteren einstelligen Millionenbereich. Der entsprechende Beitrag wurde mittlerweile gelöscht.

Als Reaktion auf das Deepfake-Video veröffentlichten sowohl der Staatsbetrieb Immobilien Freistaat Bayern als auch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration Richtigstellungen. Zudem wurde Anzeige beim Polizeipräsidium München erstattet. Die zuständigen Ermittlungsbehörden gehen von einer Verleumdung zum Nachteil des ukrainischen Präsidenten und der Immobilien Freistaat Bayern aus.



Organisierte Kriminalität (OK)

PROZESSBEGINN GEGEN NIGERIANISCHE BRUDERSCHAFT „BLACK AXE“

Am 7. April, fast genau ein Jahr nach den öffentlichkeitswirksamen Festnahmen und Durchsuchungsmaßnahmen in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen gegen Angehörige der nigerianischen Bruderschaft (englisch: confraternity) „Black Axe“ alias „Neo Black Movement of Africa“, wurde die Hauptverhandlung gegen die 12 inhaftierten Angeklagten vor der Staatsschutzkammer am Landgericht München I u. a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung eröffnet. Hierbei handelt es sich um das erste grundlegende Verfahren gegen eine nigerianische Confraternity in Deutschland.



Im Vorfeld bestätigte das Oberlandesgericht München erneut die Haftfortdauer aller 12 Beschuldigten mit entsprechendem Beschluss. Bei den Beschuldigten handelt es sich ausnahmslos um Männer im Alter von 29 bis 53 Jahren, die alle die nigerianische Staatsbürgerschaft besitzen. Bis Dezember 2025 wurden insgesamt 59 Verhandlungstage terminiert.

„Black Axe“ ist eine von mehreren Confraternities, die in ihrer Gesamtheit auch als „nigerianische Mafia“ bezeichnet werden. Diese weisen streng hierarchische Strukturen mit festen Zuständigkeits- und Befehlsebenen auf. Innerhalb dieser einzelnen Organisationseinheiten bestehen Ämter, die klar definierte Aufgaben wahrnehmen. Ebenso existiert ein Regelwerk, das einem eigenen Rechtssystem gleicht.

Die Confraternity „Black Axe“ übt, insbesondere im Ursprungsland Nigeria, erheblichen Einfluss auf Administration, Wirtschaft und Politik aus. Sie wird durch ihre polykriminellen Betätigungen für millionenschwere wirtschaftliche und persönliche Schäden weltweit verantwortlich gemacht. Global betrachtet betätigt sich die Organisation hauptsächlich auf den Deliktsfeldern Menschenhandel, Betrug, Geldwäsche, Prostitution und Rauschgifthandel.

In Deutschland ist die Gruppierung bislang v.a. mit Geldwäsche und Betrug im Rahmen des sog. Love- bzw. Romance-Scammings in Erscheinung getreten. Hierbei handelt es sich um eine moderne Form des Internetbetrugs, bei der die Täter mit Fake-Profilen in sozialen Netzwerken oder Dating-Portalen ihrem Gegenüber eine Liebesbeziehung vortäuschen, um sich an ihm zu bereichern.

Anhang

BILDNACHWEIS

ISLAMISMUS

Seite 8:	Screenshots Instagram
Seite 9 Mitte:	Screenshot TikTok
Seite 9 unten:	Screenshot Instagram
Seite 10:	Screenshot Instagram
Seite 11:	Screenshot Instagram
Seite 12:	Screenshots Instagram
Seite 13:	Screenshot TikTok
Seite 15:	Screenshot TikTok

AUSLANDSBEZOGENER EXTREMISMUS

Seite 18:	Bild: picture alliance / ASSOCIATED PRESS Khalil Hamra
Seite 20:	Screenshot anfd Deutsch.com
Seite 23:	Screenshot anfkurdi.com

RECHTSEXTREMISMUS

Seite 30:	Screenshot X
Seite 31:	Screenshot Telegram
Seite 33:	Screenshot YouTube
Seite 34:	Screenshots Telegram

REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

Seite 36:	Screenshots Telegram
-----------	----------------------

LINKSEXTREMISMUS

Seite 41:	Screenshot Instagram
Seite 42:	Screenshot Instagram
Seite 43:	Screenshot www.organisierte-autonomie.org
Seite 44:	Screenshot https://asmuc.noblogs.org/
Seite 45:	Screenshot Instagram
Seite 46:	Screenshot Instagram
Seite 47:	Screenshot Instagram

SPIONAGE- UND CYBERABWEHR

Seite 52:	Screenshot X
-----------	--------------

Impressum

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
Odeonsplatz 3, 80539 München
www.innenministerium.bayern.de

Redaktion: Abteilung Verfassungsschutz, Cybersicherheit in Zusammenarbeit mit
dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz

Gestaltung: IKW team GmbH, München

Stand: August 2025

Druck: StMI;
gedruckt auf umweltzertifiziertem Papier

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Wollen Sie mehr über die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung erfahren?

BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon 089 122220 oder per E-Mail an direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskünfte zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

Die Servicestelle kann keine Rechtsberatung in Einzelfällen geben.



www.x.com/BayStMI



www.instagram.com/BayStMI



www.facebook.com/BayStMI



www.youtube.de/BayerischesInnenministerium



„Let’s talk Innenpolitik“ mit Joachim Herrmann –
unser Podcast auf allen großen Plattformen



www.innenministerium.bayern.de
www.verfassungsschutz.bayern.de